

Was die Wirtschaft braucht

Sie haben die Wahl

Am 22. September ist Bundestagswahl. Doch von der Hitze früherer Wahlkampfschlachten ist bis dato kaum etwas zu spüren. Geht es den Deutschen zu gut?

Wir schreiben das Jahr 2013. Eine Bundestagswahl steht bevor. Und die Republik? Ist völlig entspannt und will nicht so recht ins Wahlkampfieber kommen. Die Skandale und Aufreger des Frühjahrs – sind verpufft. Hoeneß und die Steuern? Brüderle und die Stern-Reporterin? Steinbrück und das Kanzlergehalt? Stimmt, da war ja was. Die Flut? Ist nicht vergessen, aber Politiker in Gummistiefeln bleiben heuer ohne größere Wirkung auf die Umfragewerte. Die Spiona-

geaffäre? Die Opposition war und ist entsetzt, doch den Wähler ließ es letztlich kalt.

Von Schicksalswahl ist gelegentlich die Rede. Die Frage ist nur: Für wen? Für den Wahlbürger oder die, die gewählt werden wollen? Die jungen Parteien sind drei Wochen vor dem Wahltermin abgehängt: Euro-Kritiker und Piraten hatten ihren Auftritt, doch der Schwung ist dahin, sagt Politikwissenschaftler Daniel Buhr von der Univer-

sität Tübingen im WNA-Interview ab Seite 24: „Sie könnten zwar Stimmen von Union und Liberalen kassieren, ziehen aber nicht in den Bundestag.“

Weitere Belastungen

Das Schicksal beeinflussen wollen die Parteien mit Wahlgeschenken. So nennen es die Kritiker. Wer die Programme der Etablierten liest, findet so manche Morgengabe. Je nach Couleur reichen die Vorschläge von höheren Spitzensteuersätzen und einer neuen

Vermögensteuer bis zur Mütterrente und mehr Geld für Kinder und Familien. Obwohl die Steuern sprudeln, so kritisierte der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, unlängst, planen die meisten Parteien, Bürger und Unternehmen mit weiteren Abgaben zu belasten. „Die einen verschenken Arbeitsplätze, die anderen gefährden Arbeitsplätze.“ Hüthers Fazit: „Viele der steuer- und sozialpolitischen Wahlversprechen sind Gift für Wachstum und Beschäftigung.“

Krankheit? Welche Krankheit?

Die IHK-Vollversammlung, das regionale Parlament der Unternehmerinnen und Unternehmer, hat aufgeschrieben, wo den Firmen der Region Neckar-Alb mit Blick auf den 22. September der Schuh drückt. Die vordringlichen Themen: Energie, Steuern, Infrastruktur (siehe Seite 22). Präsident Christian O. Erbe sagte bei der Vorstellung dieser Wahlprüfsteine. „Wir wünschen uns ein unternehmerfreundliches Klima.“

Leider, so muss der Tübinger Firmenchef feststellen, werde stattdessen über manches Zurückrudern

laut nachgedacht. Steuerhöhungen sind längst kein Unwort mehr, Eingriffe in den Arbeitsmarkt werden offen diskutiert. „Als ob es nie eine Krankheit gegeben hätte“, kommentierte Erbe in Anspielung auf jene Jahre, in denen Deutschland der „kranke Mann Europas“ war und erst durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Unternehmenssteuern wieder wettbewerbsfähig gemacht wurde. „Ich vermisse im Wahlkampf die Fakten. Es werden Emotionen bedient und Umverteilungsdebatten geführt.“

„Die einen verschenken Arbeitsplätze, die anderen gefährden Arbeitsplätze.“

**Michael Hüther,
Institut der deutschen
Wirtschaft**

Den Deutschen geht es zu gut

Einen Blick von oben wirft mittlerweile Günther Oettinger auf seine alte Heimat. Der EU-Kommissar für Energie war vor den Sommerferien in Reutlingen und sprach bei der IHK vor allem über die Fortsetzung der europä-

ischen Idee. Mit im Gepäck: Ein paar Weckrufe für die Landsleute. „Den Deutschen geht es zu gut“, gab Oettinger zu Protokoll. Das Land lebe von seiner Substanz. Grund: Die Deutschen sind die Ältesten in Europa, die Demografie mit das größte Problem der nahen Zukunft. „Wir werden nicht stärker“, mahnte Oettinger. In 15 Jahren werden andere in Europa die Nase vorn haben, so seine Prognose.

Klingt nach wenig guten Aussichten. Eine Wahl in wirtschaftlich ordentlichen Zeiten wird indes kaum dafür sorgen, Weichen für die großen Fragen zu stellen. Die Politik denkt in Legislaturperioden und der Bürger zu wenig an Politik. Bei der letzten Wahl schafften es gerade einmal knappe 71 Prozent an die Urne. So wenig wie nie zuvor. Man muss kein Hellsheer sein, dass die mageren Quote von 2009 noch unterschritten werden kann. „Wählen gehen!“, könnte das Motto der Stunde sein. Wenigstens dies. ■

IHK-SERVICE



Fragen zum Thema beantwortet **Dr. Wolfgang Epp**,
IHK-Hauptgeschäftsführer
Telefon: 07121/201-260
E-Mail: epp@reutlingen.ihk.de



Die Bundestagswahl im Endspurt

„Da ist noch Musik drin“

Vorausdenken, abwarten, handeln – Wahlkampf ist manchmal ein ziemlich ödes Geduldsspiel. Nicht wenige resignieren dabei. Daniel Buhr, Professor für Politikanalyse an der Uni Tübingen, erklärt, welche Taktik die Parteien gerade fahren und warum die Partie noch heiß ist.

WNA: Ebenso wenig wie Eurokrise oder Energiewende ernsthaft an der Regierung Merkel rütteln konnten, haben die jüngsten Skandale um Flugdrohnen oder Spionagesysteme die Wahlstimmung aufgemischt. Ist die Partie nicht längst entschieden?

Buhr: Nein, auch wenn es so scheint. In der Tat ist die Wahlstimmung, ganz im Sinne der Regierung, schon furchtbar harmonisch gerade. Dabei geht es um Themen, die das Zusammenleben einer Gesellschaft extrem beeinflussen. Und im Fall NSA ist die Rolle der Verantwortlichkeit noch nicht geklärt. Aber, um im Bild des Schachspiels zu bleiben: Für die Regierung läuft das Spiel bislang optimal, weil sie statisch agieren kann. Merkel hat nur selten konkret Position bezogen, und wenn, hat sie im Hintergrund delegiert. Die Opposition muss genau das Gegenteil tun: aus der Reserve locken, aber eben auch Angriffsfläche bieten. Daraus hat die Kanzlerin immer wieder Kapital geschlagen.

WNA: Falls die SPD scheitert, lag es also an Steinbrück.

Buhr: Es war sicher ein Startfehler: seine plötzliche Nominierung und dann, auf Druck der Öffentlichkeit und der eigenen Partei, zu viele Themen spielen zu wollen und ihn als Familienpolitiker zu inszenieren. Man dachte, seine Funktion als kantiger Finanzexperte würde nicht ausreichen. Dabei wäre genau das ein richtiger Spielzug gewesen: seine wirtschaftlichen Kompetenzen betonen.

WNA: Bisher sorgt das Duell Merkel Steinbrück nicht für große Emotionen. Allenfalls Lustlosigkeit. Was dürfen wir noch erwarten?

Buhr: Merkel wird an ihrer Strategie der asymmetrischen Demobilisierung nichts ändern: Also mit wenig Stellungnahmen die Opposition neutralisieren. Und im Zweifel lieber einen

Bauern austauschen, als die Königin verlieren. Steinbrück ist vom Naturell Abteilung Attacke. Er kann zuspitzen – manchmal zu viel. Wenn er sich auf das besinnt, wofür er glaubwürdig steht, könnte er das Feld noch von hinten aufräumen.

WNA: Was spricht dafür?

Buhr: Die Unentschlossenen. Gerade im Endspurt werden die Wähler zu Taktikern. In der Forschung beobachten wir, dass das Lager der unentschlossenen Wähler stetig wächst und der Zeitpunkt der Wahlentscheidung spontan und damit recht spät ausfällt – manchmal erst in der Wahlkabine. Das macht es für die Demoskopien schwieriger, was die Prognosen angeht, und gibt auch der Opposition noch mal einen breiten Hoffnungsschimmer. Konservative Wähler neigen zwar eher dazu, sich an Wahlen zu beteiligen. Aber die CDU hat ihr Wählerpotenzial wohl weitgehend ausmobilisiert.

WNA: Demoskopien sagen eine geringe Wahlbeteiligung voraus. Geht's uns zu gut?

Buhr: Als politikverdrossen würde ich die momentane Stimmung zumindest nicht bezeichnen. Es sind unterschiedliche Faktoren, die uns dazu bewegen, einer Wahl fernzubleiben. Es kann Unzufriedenheit, aber auch positive Zustimmung sein. Hinzu kommt: Im heutigen Dickicht an Information braucht auch Politik ihr Aufmerksamkeitsfenster – und das wird immer schmaler. Da vermittelt man nicht mehr allzu große Szenarien, sondern es reicht, dass man sagt: Wir haben die Dinge, trotz allem, gut im Griff. Das erleben wir offensichtlich gerade. Viel mehr an inhaltlicher Tiefe dringt kaum durch.

WNA: Man könnte auch Alternativen dazu sagen.

Buhr: Das ist das Bild, was die Regie-

rung offenbar erfolgreich vermittelt. In der Eurokrise hat das gut funktioniert: Da hat die Opposition aus staatspolitischer Raison bei den Rettungspaketen mitgestimmt. Im Nachgang fällt es dann schwerer, zu kritisieren und sich Gehör zu verschaffen. Eine Chance zur Kritik läge darin, Merkels Strategie des non-decision-making als zaudernde Schwäche zu markieren, indem man belegt, dass diese auch Kosten verursacht. Wie zum Beispiel bei der Energie- oder in den Bereichen Pflege und Gesundheit.

WNA: Vertrauen in Merkel, heißt nicht Vertrauen in Schwarz-Gelb. Wie fällt denn die Bilanz aus?

Buhr: Nüchtern bis bescheiden. Auf der Führungsebene hatte man einen großen Verschleiß an Ministern, dadurch wurden einige Positionen auch inhaltlich nicht mehr mit entsprechenden Köpfen besetzt. Es gab etliche Skandale oder Richtungswechsel. Und aus der Ökonomie weiß man:

„Viele Wähler treffen ihre Wahl erst spät. Das gibt mancher Partei reichlich Hoffnung.“

Entscheidungen aus Unsicherheit sind nicht sonderlich vertrauenswürdig. Gerade auch in den Kernthemen des bürgerlichen Lagers, wie Mittelstandssteuerpolitik, ist wenig Überzeugendes abgeliefert worden.

WNA: Letztlich geht es wohl darum, mit wem die CDU koalieren wird. Was ist wahrscheinlich?

Buhr: Die Umfragen legen eine große Koalition nahe. Denn die Gewinne der CDU gingen bislang immer zu Lasten der FDP. Und ein Wahlsieg von Rot-Grün ist aktuell noch unwahrscheinlicher als Schwarz-Gelb. Schaut man sich die konkrete Politik an, hat die

große Koalition die Krisenzeit damals deutlich erfolgreicher gestaltet als die jetzige Regierung. Allerdings würde das Bündnis heute nur unter großen Schmerzen vonstattengehen. Inhaltlich gäbe es zwar auch andere Koalitionsmöglichkeiten, wie Schwarz-Grün, allerdings noch lange nicht auf Bundesebene. Die Frage nach der Machtverteilung könnte also nach der Wahl noch in die Verlängerung gehen.

WNA: Wenn die Wahlbeteiligung schlecht ausfällt: könnten dann Außenseiter wie Piraten oder AfD für eine Überraschung sorgen?

Buhr: Die müsste schon ausgesprochen schlecht ausfallen. Nein, ich sehe diese Parteien nicht im Bundestag. Sie könnten allerdings Stimmen von Union und Liberalen kassieren, gerade weil Themen wie Eurokrise und Datenschutz noch lange nicht vom Eis sind. Im Moment sieht es für die FDP überraschend gut aus. Obwohl die vor zwei Jahren noch im demoskopischen Niemandsland war. Da wurden Minister wie Hemden gewechselt, und in einem Ton, der sicher auch im bürgerlichen Lager nicht gut ankam. Aber – auch das ist ein politisches Phänomen: wir Wähler sind vergesslich.

WNA: Halten wir fest: Wenn kein Wunder passiert, bleibt alles beim Alten?

Buhr: Ich würde nicht so weit gehen, Wunder zu bemühen. Klar ist: Merkel profitiert ungemein vom Amtsbonus. Aber das Lager der Unentschlossenen ist groß. Und bestimmte strukturelle Parteibindungen sind heute nicht mehr so vorhanden wie noch vor zehn, zwanzig Jahren. Deshalb ist da noch viel Musik drin – hinter einem vermeintlich ruhigen, fast schon einschläfernden Vorhang. ■